

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Mitglied des Landtages Brandenburg

Ich freue mich, Sie heute Abend zu begrüßen. Besonders begrüßen möchte ich Magali Censier, Bildungsattachée der Kulturabteilung der Französischen Botschaft/Institut français Deutschland.

Schloss Neuhardenberg ist für die Kommunalpolitik ein symbolischer Ort. August von Hardenberg brachte mit den Preußischen Reformen die kommunale Selbstverwaltung auf den Weg. Eine moderne Idee, die auch heute in unserem demokratischen Gemeinwesen noch weiterwirkt.

Sie, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren halten mit Ihrer Arbeit diese Idee der kommunalen Selbstverwaltung lebendig. Und das in einer Zeit multipler sich überlagernder Krisen, die sich gegenseitig noch verstärken.

Jürgen Habermas, der 93jährige Philosoph, spricht von „Verstrickungszusammenhängen“, in denen wir Gefahr laufen, mutlos zu werden. Weil es immer schwerer wird, sich überhaupt noch ein Bild zu machen von den Verhältnissen und zu vernünftigen Urteilen zu kommen.

Wenn wir auf die Energiekrise mit fossilen Energieträgern reagieren, nehmen wir mehr CO₂-Ausstoß in Kauf. Wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen, riskieren wir die Energiekrise. Wir wollen Frieden in der Ukraine und liefern Waffen. Wir wollen, dass Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, bei uns Schutz finden und geraten an infrastrukturelle Überforderungen für alle.

Wie können wir als Gesellschaft in dieser Lage wieder Sinn stiften? Wie können wir unser politisches Handeln in Kommunen, Land, Bund und in Europa so ausrichten, dass sich Gesellschaft weiterentwickelt, dass eine soziale ökologische demokratische Gesellschaft auch in Zukunft möglich wird?

Die Pandemie, hatten wir gesagt, sei die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Dann kam der Überfall Russlands auf die Ukraine. Ein Krieg, den wir nicht für möglich gehalten hatten. Ein Krieg nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen das Völkerrecht, das moderne Europa, gegen die Werte der internationalen Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft und Demokratie an sich. „Nie wieder Krieg“ wurde zu einem uneingelösten Versprechen. Viele von uns haben Bertolt Brecht gelesen: „Kein Vormarsch ist so schwer wie der zurück zur Vernunft.“

Kriege werden nicht gewonnen, sie müssen beendet werden. Unseren Wunsch nach Frieden und Verhandlungen können wir nicht aufgeben, auch wenn gerade fast alles dagegenspricht. „Friede muss fortwährend gestiftet werden“, sagt Kant. Ich denke, wir waren nachlässig im Umgang mit dem hohen Gut des Friedens, zu unentschlossen, wer zu Europa gehört und zu uninteressiert an den Problemen

osteuropäischer Länder. Jede Friedensinitiative ist gut und darf nicht zerredet werden bevor ihr Plan überhaupt vorliegt.

Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Brandenburg ist nach wie vor groß. Geflüchtete werden versorgt, Kinder beschult. Für Kummer, Leid und die Sehnsucht nach Hause gibt es kein Hilfs-Programm.

In dieser komplexen Krisensituation als Bürgermeister, als Amtsdirektor Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung zu tragen, besonnen und zukunftsorientiert zu handeln, tragfähige Lösungen zu finden, Konflikte zu bearbeiten - das ist die Herausforderung, der Sie sich stellen, jeden Tag wieder, entschieden, verlässlich, mit vollem Einsatz.

Ich empfinde große Hochachtung vor Ihrem Engagement für unser Land und finde, dass dieses Engagement viel mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft verdient, als ihm bisher zuteilwird. Ich freue mich über die Gelegenheit, Ihnen das heute zu sagen, da so viele Bürgermeister und Amtsdirektoren mir gegenüber sitzen. Wenn wir in Brandenburg bisher ganz gut durch die Krisen gekommen sind, wenn wir Krisenkompetenz und Resilienz erworben haben, dann ist das wesentlich Ihr Verdienst, liebe Bürgermeister und Amtsdirektoren. Das verdient einen großen Dank.

Sie gestalten die Wirklichkeit kommunaler Selbstverwaltung in Brandenburg in dieser schwierigen Zeit. Sie erfüllen Pflichtaufgaben und entwickeln Lebensqualität, halten die schwierige Balance zwischen den Prioritäten, finden demokratisch erarbeitete Lösungen in den lokalen und landesweiten Spannungsfeldern. Dabei ist der Brandenburgische Städte- und Gemeindebund ein wichtiger Partner. Deutlich wird: Kommunale Selbstverwaltung setzt voraus, dass Kommunen nicht alleingelassen werden von Land und Bund, sondern einbezogen werden müssen als Partner.

Kommunen sind Orte der Vielfalt und Diversität. Städte, Gemeinden, Ämter sind Kraftzentren und Praxislabore der Demokratie, Forschungsstellen für demokratisches Handeln der Zukunft. Theodor Adorno, der Vater der Kritischen Theorie, verstand die Stadt, die Kommune als einen sozialen Organismus, in dem sich alle Probleme unserer Wirtschaftsordnung, Lebensweise, unserer Demokratie wie in einem Brennspiegel konzentrieren, als einen Ort, an dem alle Sehnsüchte, Meinungen, Träume, Temperamente aufeinandertreffen und so den Boden bereiten für neue Denk- und Lebensmöglichkeiten.

Ja, wir können Kommune neu denken als Modell für das, was im Großen eine künftige Weltordnung sein kann, in der die Menschheit überleben kann und wo Menschen ohne Angst verschieden sein können. Wenn ich jetzt etwas Pathos in die Sache bringe, dann weil ich diese Einsicht wichtig finde, weil nicht zu übersehen ist, dass wir mit Lösungen aus der Vergangenheit in den aktuellen Krisen nicht weiterkommen. Das Neue, das entstehen will, ist ja oft schon als Keim schon in der Gegenwart zu entdecken.

An drei Themen möchte ich das konkret darstellen:

1. Schutz der Flüchtlinge als aktuelle Aufgabe
2. Fachkräftemangel und
3. Kommunen als Zukunftsmodell

Es ist eine Tatsache, dass sehr viele Menschen bei uns Schutz suchen vor dem Krieg in der Ukraine. Vor Gewalt gegen Frauen im Iran, Terror in Afghanistan, Myanmar und vielen Orten der Welt. Genauso wie es eine Tatsache ist, dass Integration Infrastruktur erfordert, Kitaplätze, Schule, Ärzte, Dolmetscher, Psychotherapeuten, und Wohnraum.

Kommunen müssen wichtige Vorhaben zurückstellen für die Integration von Geflüchteten. Aber es stimmt auch, dass wir die Offenheit gegenüber Geflüchteten und Selbstverständlichkeit zu helfen, auch in schwierigen Zeiten nicht aufgeben dürfen, dass wir Menschen, die bei uns Schutz suchen, auch in Zukunft gastfreundlich aufnehmen, dass wir Wege suchen, wie Integration gelingen kann mit dem, was wir haben und mit dem, was wir kurzfristig und auf längere Sicht entwickeln können. Jeder Sozialarbeiter wird die Unterbringung in Wohnungen gegenüber Heimen bevorzugen. Im ländlichen Raum stehen Wohnungen leer. Eine Finanzierung dieser Wohnungen fördert die Flüchtlinge und zugleich städtische Wohnungsgesellschaften. Ständig erreichen mich Mails von Menschen, die ihre Ferienwohnungen zu Verfügung gestellt haben oder noch zur Verfügung stellen wollen. Die Finanzierung der Vermietung ist nicht sichergestellt.

Niemand kann mir erzählen, dass der Bau von Flüchtlingsheimen kostengünstiger ist als die Vermietungskosten vorhandener Wohnungen städtischer Gesellschaften und von Ferienobjekten.

Gerade zurück von einer Reise in unsere Partnerwojewodschaften Masowien und Niederschlesien stehe ich noch unter dem Eindruck der Offenheit und Selbstverständlichkeit der Menschen dort, die Geflüchtete aus der Ukraine gastfreundlich in ihre Häuser und Wohnungen aufnehmen und mit Arbeit versorgen.

Unter den Flüchtlingen sind Fachkräfte. Berufsanerkennungen, Meisterbriefe im Handwerk, Lehrerqualifikationen unterliegen deutschen Maßstäben. Aber wir haben keine normale Zeit! Oft organisieren sich Geflüchtete selbst, kennen ihre Fachlichkeit. Das können wir unterstützen, Räume und Sachmittel bereitstellen. Dazu gehört ein ausgewogenes Verhältnis zwischen deutscher Schulpflicht und ukrainischem online-Unterricht ebenso wie die Zusammenarbeit mit einer Ärztin, Kindergärtnerin oder Bäckerin.

Die Integration in den Arbeitsmarkt hat höchste Priorität, auch wenn eine auseinandergerissene Familie mit Frauen und Kindern nicht bleiben wird. Akzeptanz für Flüchtlinge wächst durch Miteinander, bei der Arbeit, in der Willkommenskultur, auf dem Spielplatz. Sie wächst nicht, wenn aktuell für 3.000 Menschen Wohncontainer in Frankfurt und Eisenhüttenstadt aufgestellt werden sollen. Wie gesagt, Wohnungen im ländlichen Raum stehen leer. Aber: es macht mehr Arbeit, Menschen auf Wohnungen zu verteilen und zu betreuen als sie gesammelt unterzubringen.

Wir brauchen gute, auch ganz individuelle Konzepte vor Ort für Integration und Fachkräfte.

Der Fachkräftemangel schränkt nicht nur Leistungen der Industrie oder des Handwerks ein, er betrifft auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Verwaltungen. In Verwaltungen arbeiten überwiegend Frauen. Unvorstellbar ist es, dass Frauen in Leitungspositionen 2022 in Brandenburg 16 % weniger verdienen als die Männer. Unvorstellbar ist auch, dass Frauen wie Männer im Osten Deutschlands 20 % weniger verdienen als Frauen und Männer im Westen Deutschlands. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der Abwanderung ist dies ein besonders ernstzunehmendes Thema, zumal mit den Frauen auch Kinder und zukünftige Kinder abwandern. Ein Thema für uns Frauen, ein Thema für die Gewerkschaften, ein Thema für die Politik.

Kommunen als Zukunftsmodelle einer neuen Weltordnung – das klingt utopisch. Kommunen sind Orte der Verständigung, hier gibt es kurze Wege zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Hier werden Erfahrungen ausgetauscht. Hier bestehen die größten Möglichkeiten, sich einzubringen, mitzugestalten und

etwas zu bewirken. Das gelingt am besten, wenn Menschen ihr soziales Kapital zusammenbringen – in Vereinen, Projekten, Initiativen; wenn Bürgermeister und Amtsdirektoren eng zusammenarbeiten mit ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Zivilgesellschaft, wenn bürgerschaftliches Engagement systematisch gefördert wird. Es sind die Verbände und Vereine, die die Gesellschaft in schwierigen Zeiten zusammenhalten. In Bayern ist übrigens das Ehrenamt Staatsziel. Ich finde, das ist nicht nur Makulatur.

Wir brauchen eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts für das Ehrenamt.

Ich bin fest davon überzeugt: Die Teilhabe von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern ist ein Schlüssel für die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung und für eine starke politische Position der Kommunen im Land, im Bund und in Europa. Und diese starke Position der Städte und Gemeinden ist in Zeiten multipler, sich überlagernder Krisen, in Zeiten des Krieges in Europa wichtiger denn je. Und – die Gremien werden sich in den nächsten Jahren stark verjüngen, wenn wir die Schülerinnen und Schüler auf kommunalpolitische Ämter vorbereiten. Diese Generation hat ihre Lebensaufgabe im Klimaschutz gefunden wie wir Älteren sie in der Einheit Deutschlands gefunden haben.

Mit Umbrüchen haben wir Ostdeutschen Erfahrung. Wir können die Zeit der Zumutungen mit Mut aufladen. Wir haben gelernt, dass die Chancen für Neues in Krisen entdeckt werden können.

Eine der Chancen von Umbruchsituationen liegt darin, auf Unübersichtlichkeit, Unvorhersehbarkeit der Ereignisse, Undurchschaubarkeit der Verhältnisse mit ihrem Gegenteil zu reagieren: Mit Verlässlichkeit. Mit der Vorhersehbarkeit von persönlichen, politischen und gesellschaftlichen Vereinbarungen, die Bestand haben. Wir tun, was wir sagen. Wir sind verlässlich in dem, was wir vereinbart haben. In der Kommunalpolitik ist diese Verlässlichkeit eine oft geübte Praxis.

Dafür brauchen wir ressortübergreifende Kommunikationsnetzwerke von Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, partizipative Gesprächsformate zwischen Land und Kommunen und mit dem Bund, auf europäischer Ebene – in unterschiedlichsten Formaten, die wir in den Kommunen selbst bestimmen können.

Vielen Dank!